



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Ziele des Bundesrates 2018

Band II

Die Ziele des Bundesrates 2018 – Band II

Bundesratsbeschluss vom 1. November 2017

Einleitung	3
Bundeskanzlei.....	4
Departement für auswärtige Angelegenheiten	6
Departement des Innern	10
Justiz- und Polizeidepartement.....	14
Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport.....	17
Finanzdepartement	19
Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung	23
Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation	26

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei
ISSN: 1422-4518
Art.-Nr. 104.614.d

Vertrieb: BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3000 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Publiziert auch im Internet: www.admin.ch

Einleitung

Gemäss Artikel 51 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997 (RVOG) planen die Departemente ihre Tätigkeiten im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrates (Legislaturplanung, Jahresziele). Die Bundeskanzlei unterstützt den Bundesrat bei diesen Planungs- und Koordinationsarbeiten (vgl. Art. 30, 32 RVOG).

Die jährliche Planung der Departemente berücksichtigt nicht nur die eigenen Ziele, sondern auch die Ziele des Bundesrates für das entsprechende Jahr. Für die Festlegung ihrer eigenen Ziele sind die Departemente selber verantwortlich. Den Departementen steht es folglich frei, die Ziele des Bundesrates innerhalb des gesetzten Rahmens zu konkretisieren oder sie ohne Änderungen in den departementalen Katalog aufzunehmen. Ebenso wird der Katalog der Jahresziele des Bundesrates um zusätzliche, hauptsächlich in den Zuständigkeitsbereich der Departemente fallende Geschäfte, erweitert.

Die inhaltliche Abstimmung der Ziele spiegelt sich auch in der Form ihrer Präsentation im vorliegenden Dokument wider. Damit sich die Kommunikation auf Regierungs- und Departementsebene einfacher gestaltet, wurde eine einheitliche und zusammenfassende Darstellung der Ziele der Departemente und der zu ihrer Umsetzung vorgesehenen Massnahmen gewählt. Auf diese Weise kann ein schneller Überblick über die geplanten Aktivitäten gewonnen werden.

Die Jahresziele 2018 der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei bilden die Grundlage für den Geschäftsbericht des Bundesrates 2018 – Band II, den der Bundesrat im Frühjahr 2019 verabschieden wird.

Zeichenerklärung:

* basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2018 – Band I

Bundeskanzlei

Ziel 1: Wirksame Unterstützung des Bundesrates und der Departemente

- ▶ Die Von-Wattenwyl-Gespräche sind thematisch und inhaltlich stärker zwischen Bundesrat und Parteien abgestimmt.
- ▶ Die Bundeskanzlei unterbreitet dem Bundesrat im 2. Quartal 2018 eine Informationsnotiz zu den wichtigsten Entwicklungen im Bereich Krisenfrüherkennung sowie für die langfristige und kontinuierliche Lage- und Umfeldanalyse.
- ▶ Die Bundeskanzlei unterstützt die Departemente, damit die organisatorischen Vorarbeiten zur Einführung von GENOVA bis Ende 2018 und die Einführungs- und Migrationsprojekte bis zum 1. Quartal 2020 abgeschlossen sind.

Ziel 2: Optimierung von Organisation und Abläufen

- ▶ Der Zuschlag für die externen Übersetzungsleistungen in die italienische Sprache 2019–2022 ist bis Ende des 3. Quartals 2018 erfolgt.
- ▶ Der Zuschlag für die Beschaffung einer neuen Übersetzungsunterstützungssoftware des Bundes für die Jahre 2019–2029 ist bis Ende des 4. Quartals 2018 erfolgt.

Ziel 3: Vorbereitung der eidgenössischen Wahlen 2019

- ▶ Die Kantone und die kandidierenden Gruppierungen werden im 4. Quartal 2018 mittels Kreisschreiben des Bundesrates respektive Leitfaden der Bundeskanzlei instruiert.
- ▶ Das Wahlportal auf ch.ch für die eidgenössischen Wahlen 2019 ist bis Ende 2018 online und wird bis zu den Wahlen 2019 kontinuierlich ausgebaut.
- ▶ Die Bundeskanzlei hat die offizielle Wahlanleitung für die Nationalratswahlen 2019 bis Ende des 3. Quartals 2018 verabschiedet.
- ▶ Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte ist bis Ende des 3. Quartals 2018 eröffnet.*
- ▶ Die Phase Initialisierung des Projektes «Erneuerung der Fachanwendung für die provisorischen Resultate der eidgenössischen Abstimmungen» (ProRes) ist bis Ende des 2. Quartals 2018 abgeschlossen, und ein Variantenentscheid wurde getroffen.
- ▶ Die Anwendung «Nationalratswahlen» ist bis Ende des 3. Quartals 2018 in Betrieb gestellt.

Ziel 4: Termin- und inhaltsgerechte Umsetzung der strategischen Projekte

- ▶ Der Expertenbericht «Die Schweiz im Jahr 2030» ist bis Ende des 3. Quartals 2018 verabschiedet, und dessen Drucklegung erfolgt im 4. Quartal 2018.
- ▶ Der Evaluationsbericht zur Strategischen Führungsübung 2017 (SFU 17) ist bis Ende des 2. Quartals 2018 verabschiedet.
- ▶ Der Bundesrat setzt das Publikationsgesetz mit den Änderungen vom 26. September 2014 sowie die teilrevidierte Publikationsverordnung auf spätestens Anfang 2019 in Kraft.
- ▶ Die Revision der Verordnung über die elektronische Geschäftsverwaltung in der Bundesverwaltung (GEVER-Verordnung) ist bis Ende 2018 soweit fortgeschritten, dass die Verabschiedung durch den Bundesrat bis 1. Quartal 2019 erfolgen kann.
- ▶ Der Bundesrat nimmt bis Ende des 1. Quartals 2018 Kenntnis vom Bericht «GEVER Bund» für das Berichtsjahr 2017.
- ▶ Der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte (EDÖB) hat im 4. Quartal 2018 ActaNova produktiv in Betrieb genommen.
- ▶ Das Projekt «KAV-Modernisierung» ist bis Ende 2018 abgeschlossen.
- ▶ Die Initialisierungsphase für die Nachfolge des News Service Bund (NSB) ist bis Ende des 2. Quartals 2018 abgeschlossen.
- ▶ Das Konzept für das Redesign inkl. Erneuerung der Datenbank des elektronischen Staatskalenders ist bis Ende des 3. Quartals 2018 abgeschlossen.

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Ziel 1: Die Schweiz erneuert und entwickelt ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur EU

- ▶ Die Verhandlungen für ein institutionelles Abkommen werden weitergeführt, und gegebenenfalls wird der Bundesrat die entsprechende Botschaft verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft über einen zweiten Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU an ausgewählte EU-Staaten verabschiedet.*
- ▶ Die bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU werden umgesetzt, aktualisiert und fallweise weiterentwickelt.*
- ▶ Die Entscheidungen zum weiteren Vorgehen bei den Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich wurden getroffen und die Botschaften über die künftigen bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich gegebenenfalls verabschiedet.*
- ▶ Mit den Regierungen der Mitgliedstaaten der EU, insbesondere mit denjenigen der Nachbarstaaten und mit den Behörden der Nachbarregionen haben enge und regelmässige Kontakte stattgefunden.
- ▶ Es wurde ein Grundsatzentscheid gefällt über die Aufnahme von Verhandlungen mit der EU im Hinblick auf ein Abkommen über die Beteiligung der Schweiz mit zivilen Beiträgen an Friedensförderungseinsätzen der EU.
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht über den heutigen Stand der Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union (in Erfüllung des Po. Aeschi 13.3151 und des Po. Grüne Fraktion 14.4080) und den Bericht über die wirtschaftlichen Vorteile dank Schengen-Partnerschaft (in Erfüllung des Po. SP Fraktion 15.3896) verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zum Stromabkommen mit der EU nach Möglichkeit verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Teilnahme der Schweiz am EU-Rahmenprogramm «Creative Europe» nach Möglichkeit verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zu den Abkommen Prüm und Eurodac wurde eröffnet.

Ziel 2: Die Schweiz stärkt ihr Engagement für die internationale Zusammenarbeit und baut ihre Rolle als Gastland internationaler Organisationen aus

- ▶ Im Rahmen der Umsetzung der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 hat der Bundesrat Finanzierungsbeiträge an multilaterale Organisationen und Entwicklungsbanken beschlossen.* Der Bundesrat wird ebenfalls über die Mittel für die Wiederauffüllung des Green Climate Fund (GCF) und des International Fund for Agricultural Development (IFAD) beschliessen.* Der Bundesrat hat den Beitrag der Schweiz an das Sitzbudget des IKRK beschlossen.* Der Bundesrat hat den Bericht der Schweiz zur Umsetzung der Agenda 2030 zuhanden des UN High Level Political Forums (HLPF) 2018 verabschiedet.*
- ▶ Die Schweiz ist in der Diskussion betreffend Kapitalerhöhung der Weltbankgruppe (IBRD und IFC) positioniert.
- ▶ Die neue Kooperationsstrategie Middle East für die Länder Syrien, Türkei, Jordanien, Libanon und Irak ist verabschiedet.
- ▶ Die Schweiz setzt die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung um.*

Ziel 3: Die Schweiz stärkt ihr Engagement für Frieden und Sicherheit und liefert entscheidende Impulse für eine gerechte und dauerhafte internationale Ordnung

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zum Gesetzesentwurf über die Unterstützung der nationalen Menschenrechtsinstitution verabschiedet und den Schlussbericht zur dritten allgemeinen regelmässigen Überprüfung (UPR) der Schweiz genehmigt.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht zur Umsetzung des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht über die Guten Dienste der Schweiz (in Erfüllung des Po. Béglé 16.3929) verabschiedet.*
- ▶ Die neue Strategie des Bundes für den Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten liegt vor.
- ▶ Das EDA koordiniert die Redaktion der Botschaft über einen Rahmenkredit zur Weiterführung der Unterstützung der drei Genfer Zentren 2020–2023 und unterbreitet sie vor Ende 2018 dem Bundesrat.*
- ▶ Die Schweiz leistet im UNO-Rahmen einen entscheidenden Beitrag zur Erarbeitung von zwei globalen Rahmenabkommen, die politisch verbindliche und global anerkannte Prinzipien und Zielwerte für die nachhaltige Stärkung der globalen Flüchtlings- und Migrationsgouvernanz festlegen. Das EDA setzt sich dafür ein, dass die Schweiz Lösungsansätze zur Bearbeitung von normativen und operationellen Lücken in Bezug auf den Schutz von Vertriebenen entwickelt.
- ▶ Der Bundesrat hat einen Bericht zur Neubeurteilung der Lage der Schweizer Rohstoffbranche verabschiedet.*

Ziel 4: Die Schweiz fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern

- ▶ Das EDA hat Vorkehrungen für die Umsetzung seiner Strategie zu Geschlechtergleichstellung und Frauenrechten getroffen.

Ziel 5: Die Schweiz beugt Gewalt, Kriminalität und Terrorismus vor und bekämpft sie wirksam

- ▶ Die Schweiz unterstützt die UNO mit Blick auf eine umfassende und ausgewogene Umsetzung der Globalen Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus, die im Sommer 2018 zum sechsten Mal überprüft wird.
- ▶ Im Rahmen ihres Ko-Vorsitzes in der Arbeitsgruppe «Strafjustiz und Rechtsstaatlichkeit» des Globalen Forums gegen den Terrorismus (GCTF) setzt sich die Schweiz dafür ein, dass auf globaler Ebene effektive justizielle und administrative Standards bei der Prävention und der Bekämpfung des Terrorismus und seiner Finanzierung entwickelt werden.

Ziel 6: Die Schweiz engagiert sich unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit und Neutralität aktiv für die internationale Stabilität

- ▶ Der kombinierte 10.–12. Bericht der Schweiz über die Umsetzung des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (CERD) wird vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Tätigkeitsbericht der IDAG Korruptionsbekämpfung 2014–2017 genehmigt und eine Entscheidung über die Weiterführung des Mandats getroffen.*
- ▶ Im Hinblick auf die 33. Internationale Konferenz vom Roten Kreuz und Roten Halbmond 2019 setzt sich die Schweiz für eine Konkretisierung der Verhandlungen für einen intensivierten, dem Humanitären Völkerrecht gewidmeten, zwischenstaatlichen Dialog ein.
- ▶ Die Schweiz setzt sich dafür ein, dass Staaten bei der Terrorismusbekämpfung das Völkerrecht respektieren sowie humanitäre Organisationen weiterhin unparteiische humanitäre Hilfe und Schutz erbringen können.
- ▶ Die interdepartementalen strategischen Achsen für den Sahel 2019–2023 sind erarbeitet und verabschiedet.
- ▶ Die Schweiz trägt zu einem besseren Verständnis der Auswirkungen moderner Technologien auf die Einhaltung des Völkerrechts bei, namentlich der UNO-Charta, des Humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte, und formuliert in den relevanten Foren Vorschläge zu deren völkerrechtlichen Einordnung.
- ▶ Das EDA setzt sich für einen sicheren und offenen Cyber-Raum ein, der auf Regeln und gegenseitigem Vertrauen basiert. Das EDA nimmt an den entsprechenden Prozessen in der UNO und der OSZE teil.

- ▶ Die Schweiz hat den 2017 im Rahmen der UNO verabschiedeten Kernwaffenverbotsvertrag und seine Auswirkungen im Hinblick auf die Weiterentwicklung ihrer Position in der nuklearen Abrüstung analysiert. Zudem hat sie Beiträge für eine konstruktive Koexistenz des neuen Verbotsabkommens mit existierenden Foren und Normen, namentlich dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NPT), geleistet.
- ▶ Die Schweiz leistet Beiträge, damit die Implikationen wissenschaftlich-technischer Entwicklungen im Waffenbereich multilateral thematisiert werden, insbesondere im Rahmen der Bio- und Chemiewaffenkonventionen sowie des Übereinkommens über bestimmte konventionelle Waffen. Betreffend Autonome Waffensysteme prüft sie die Frage nach dem vernünftigen Grad von Kontrolle sowie dem diesbezüglichen Regulierungsbedarf.
- ▶ Die Schweiz ist im Exekutivrat der Organisation für das Verbot Chemischer Waffen vertreten und tritt für eine Stärkung des Chemiewaffenübereinkommens ein, insbesondere im Lichte wiederholter Chemiewaffeneinsätze.
- ▶ Der Bundesrat hat den Tätigkeitsbericht zur Umsetzung des Bundesgesetzes über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen (BPS) zur Kenntnis genommen.*

Ziel 7: Engagement für eine bessere globale Gouvernanz und Förderung von Genf als Standort für internationale Organisationen und Veranstaltungen

- ▶ Die in der Strategie zur Stärkung der Gaststaatspolitik enthaltenen Massnahmen (Entwicklung von Plattformen, Universalität der ständigen Missionen in Genf usw.) werden kontinuierlich umgesetzt und weiter entwickelt.
- ▶ Die Schweiz führt ihre Initiativen hinsichtlich der Reform und Stärkung der UNO weiter (Friedensarchitektur inkl. Arbeitsweise des Sicherheitsrats, Verwaltung der UNO, Entwicklungssystem, Menschenrechtspfeiler).

Ziel 8: Realisierung von Massnahmen für eine erfolgreiche Umsetzung der Strategie Landeskommunikation

- ▶ Die Schweiz nützt die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 in Pyeongchang (Südkorea) mit dem House of Switzerland für die Landeskommunikation, indem sie sich der südkoreanischen und internationalen Öffentlichkeit als sportbegeistertes, innovatives und touristisch attraktives Land präsentiert und auch ihren Partnern eine attraktive Plattform bietet.

Ziel 9: Erhöhung der Nutzbarkeit der digitalen Angebote des Konsularnetzes Schweiz

- ▶ Die Adressen in der Datenbank der Auslandschweizerinnen und –schweizer eVERA sind bereinigt.
- ▶ Der Webauftritt ist optimiert, so dass der online-Schalter für konsularische Dienstleistungen sowie die Reise-App itineris benutzerfreundlicher und damit attraktiver sind.

Departement des Innern

Ziel 1: Erhöhung des Gesundheitsschutzes, Förderung der Lebensqualität und Stärkung der Chancengleichheit

- ▶ Das Krebsregistrierungsgesetz (KRG) ist zweistufig in Kraft gesetzt: Die Bestimmungen zu den neuen Bundesaufgaben treten im 2. Quartal 2018 in Kraft und die restlichen Bestimmungen auf den 1. Januar 2019.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Ergebnisse der Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) betreffend die Einführung eines Referenzpreissystems bei patentabgelaufenen Arzneimitteln zur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Weiterentwicklung der gesetzlichen Grundlagen betreffend die Arbeitsabwesenheiten von pflegenden Angehörigen ist eröffnet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zu Anpassungen des schweizerischen Medizinprodukterechts an die EU-Regulierung ist eröffnet. Parallel dazu wird das MRA nachgeführt.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum Ausführungsrecht des Bundesgesetzes über den Schutz vor Gefährdungen durch nichtionisierende Strahlung und Schall (NISSG) eröffnet.
- ▶ Der Bericht über die Umsetzung des Aktionsplans Radium 2015–2019 ist verabschiedet.
- ▶ Der Bundesrat hat die Änderungen des Ausführungsrechts zum revidierten Heilmittelgesetz (HMG) verabschiedet.
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht zu den theoretischen Grundlagen der Stiftung «Sexuelle Gesundheit Schweiz (SGS)» zur sexuellen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen (in Erfüllung des Po. Regazzi 14.4115), den Bericht «Stopp der Medikamentenverschwendung!» (in Erfüllung des Po. Fraktion CVP-EVP 14.3607), den Bericht betreffend die Auswirkungen der Emission von Niedrigstrahlung aus Atomkraftwerken (in Erfüllung des Po. Fehr Hans-Jürg 08.3475) sowie den Bericht «Cannabis für Schwerkranke» (in Erfüllung der Mo. Kessler 14.4164) verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Änderung des Tierseuchengesetzes ist eröffnet.
- ▶ Die Revision der Tierseuchenverordnung ist verabschiedet.

Ziel 2: Eindämmung des Kostenwachstums, Erhöhung der Versorgungsqualität und der Transparenz im Gesundheitswesen

- ▶ Die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) betreffend die Anpassung der Franchisen an die Kostenentwicklung ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Ergebnisse der Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) hinsichtlich der Zulassung von Leistungserbringern zur Kenntnis genommen, über das weitere Vorgehen entschieden und in der Folge die Botschaft verabschiedet.*

- ▶ Der Bundesrat hat die Ergebnisse der Vernehmlassung betreffend die Genehmigung der Organhandelskonvention und ihrer Umsetzung (Änderung des Transplantationsgesetzes) zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.*
- ▶ Die Vernehmlassung zum Ausführungsrecht des Gesundheitsberufegesetzes (GesBG) ist eröffnet.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht über die Zielerreichung des Masterplans zur Stärkung der biomedizinischen Forschung und Technologie verabschiedet und bei Bedarf über zusätzliche Vorkehrungen entschieden.*
- ▶ Die Strategie «e-Health Schweiz 2.0» ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat über Massnahmen und Vorgehen in Sachen Kostendämpfung in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung entschieden.*
- ▶ Die Änderungen der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) sowie der Verordnung über die Kostenermittlung und die Leistungserfassung durch Spitäler, Geburtshäuser und Pflegeheime in der Krankenversicherung (VKL) betreffend die Weiterentwicklung der Spitalplanungskriterien bzw. die Ergänzung der Tarifgestaltungsgrundsätze sind verabschiedet.
- ▶ Der Bericht «Durchsetzung zuverlässiger und richtiger Messwerte im Gesundheitswesen» (in Erfüllung des Po. Kessler 12.3716) und der Bericht betreffend die Nutzung von Gesundheitsdaten für eine qualitativ hochstehende und effiziente Gesundheitsversorgung (in Erfüllung des Po. Humbel 15.4225) sowie der Bericht «Fallpauschalen und Globalbudget. Evaluation der Systeme in den Kantonen» (in Erfüllung des Po. SGK-N 14.3385) sind verabschiedet.*

Ziel 3: Kinder-, Jugend- und Familienpolitik sowie Armutsbekämpfung

- ▶ Die Botschaft zur Eidg. Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie» ist verabschiedet.*
- ▶ Gesetz und Verordnung über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung sind in Kraft gesetzt.*
- ▶ Die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Familienzulagen (Umsetzung der Mo. Seydoux-Christe 13.3650) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht zur Evaluation und zum Abschluss des nationalen Programms zur Prävention und Bekämpfung von Armut (inkl. Bericht «Armutsmonitoring in der Schweiz» und Bericht in Erfüllung der Mo. SP Fraktion 14.3890 «Strategie zur Reduktion der Abhängigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen von der Sozialhilfe») ist verabschiedet.*

Ziel 4: Konsolidierung der Sozialwerke

- ▶ Die Botschaft zur Modernisierung der Aufsicht in der ersten Säule und Optimierung der zweiten Säule der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Verordnungsanpassungen im Hinblick auf die operative Betriebsaufnahme der Anstalt compenswiss verabschiedet und das Ausgleichsfondsgesetz in Kraft gesetzt.*
- ▶ Die Botschaft zur Revision des Allgemeinen Teils des Sozialversicherungsrechts (ATSG) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht «Die Vorsorgesituation von Selbständigerwerbenden analysieren» (in Erfüllung des Po. SGK-N 16.3908) und den Bericht über die Unterbrüche der Erwerbstätigkeit vor Geburtstermin (in Erfüllung des Po. Maury Pasquier 15.3793) verabschiedet.*

Ziel 5: Förderung der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

- ▶ Der Bundesrat verabschiedet den Bericht zur Behindertenpolitik (in Erfüllung des Po. Lohr 13.4245).*
- ▶ Der Bundesrat verabschiedet den Bericht über die Umsetzung des Aktionsplans E-Accessibility 2015–2017 und über die barrierefreie Zugänglichkeit von Informationen sowie Kommunikations- und Transaktionsdienstleistungen des Bundes über das Internet.

Ziel 6: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und kulturelle Beziehungen

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zum Abkommen zwischen der Schweiz und der EU zur Teilnahme am «Creative Europe»-Programm 2014–2020 nach Möglichkeit verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht zum Po. WBK-N 14.3670 betreffend das Konzept für einen verstärkten Sprach Austausch in der obligatorischen Schule und dessen Finanzierung verabschiedet. Die Umsetzung des Konzepts beginnt.
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht über das Potential der Schweizer Game-Industrie für Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft (in Erfüllung des Po. Fehr Jacqueline 15.3114) verabschiedet.*

Ziel 7: Förderung der Lohngleichheit zwischen Frau und Mann und Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt

- ▶ Das 4. nationale Treffen zur Förderung der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor mit den Kantonen und Gemeinden ist durchgeführt.
- ▶ In Absprache mit den Kantonen ist ein Umsetzungskonzept zum Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt erarbeitet.

Ziel 8: Sicherstellung und Weiterentwicklung der Statistikproduktion

- ▶ Der Bericht «Demografische Entwicklung und Auswirkung auf den Bildungsbe-
reich» (in Erfüllung des Po. WBK-N 12.3657) ist verabschiedet.*
- ▶ Im Rahmen der Weiterentwicklung der Bundesstatistik sind die strategischen Leit-
linien für das statistische Mehrjahresprogramm des Bundes 2020–2023 erarbeitet,
unter Berücksichtigung allfälliger Vorgaben aus den strukturellen Reformen. Des
Weiteren sind zur Umsetzung der Mo. Liberale Fraktion 16.4011 «Digitalisierung.
Keine Doppelspurigkeiten bei der Datenerhebung» Massnahmen zur Reduktion
der Belastung der Unternehmen durch statistische Erhebungen definiert und mit
ihrer Umsetzung wurde begonnen.

Ziel 9: Verbesserung des Zugangs zu Behördendaten

- ▶ Der Online-Zugang zum Archivgut des Bundes ist entwickelt und wird 2019 freige-
schaltet.
- ▶ Die Open-Government-Data-Strategie 2019–2022 ist verabschiedet.*

**Ziel 10: Optimierung der Rahmenbedingungen für meteorologische und klimato-
logische Dienstleistungen**

- ▶ Die revidierte Verordnung über die Meteorologie und Klimatologie ist verabschie-
det.

Justiz- und Polizeidepartement

Ziel 1: Migration und Integration

- ▶ Die Umsetzungsarbeiten für die Beschleunigung der Asylverfahren (Verabschiedung der Verordnungen; Realisierung der Konzepte gemäss Planung) sind im Gange.*
- ▶ Die Ausführungsbestimmungen zur Änderung des Ausländergesetzes vom 16. Dezember 2016 (Steuerung der Zuwanderung und Vollzugsverbesserungen bei den Freizügigkeitsabkommen) sind in Kraft gesetzt und die entsprechenden Verordnungen verabschiedet.*
- ▶ Die Änderung des Ausländergesetzes AuG (Integration) ist mit zwei gestaffelten Umsetzungspaketen in Kraft gesetzt und die entsprechenden Verordnungen verabschiedet.*
- ▶ Die Schweiz hat sich auf europäischer Ebene für eine konsequente Durchsetzung von Schengen/Dublin und für einen solidarischen Schlüssel zur innereuropäischen Verteilung von schutzbedürftigen Personen eingesetzt.
- ▶ Die Aufnahme und Integration weiterer 2000 Personen im Rahmen des Resettlement-Programmes gemäss Entscheid des Bundesrates ist plangemäss umgesetzt und der Entscheid des Bundesrates über die langfristige Ausrichtung der Aufnahme von Flüchtlingsgruppen liegt vor.
- ▶ Die Integrationsagenda Schweiz und eine entsprechende Umsetzungsplanung sind in Zusammenarbeit mit den Kantonen ausgearbeitet und verabschiedet.

Ziel 2: Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität

- ▶ Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis betreffend den Vorentwurf zum Bundesgesetz über Vorläuferstoffe für Explosivstoffe zur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt.*
- ▶ Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis über das weitere Vorgehen betreffend ein Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) zur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Umsetzung der angepassten EU-Waffenrichtlinie (Erweiterung des Schengenbesitzstandes) verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Genehmigung und Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung des Terrorismus mit dem dazugehörigen Zusatzprotokoll und Verstärkung des strafrechtlichen Instrumentariums gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Revision der Strafprozessordnung ist vom Bundesrat verabschiedet.
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Harmonisierung der Strafrahmen und zur Anpassung des Nebenstrafrechts an das geänderte Sanktionenrecht verabschiedet.

Ziel 3: Internationale Zusammenarbeit im Justiz- und Polizeibereich

- ▶ Die Vernehmlassung zu den Abkommen mit der EU betreffend die Beteiligung an der Prümmer Zusammenarbeit und Zugang der Schweizer Strafverfolgungsbehörden auf Eurodac sowie zum Abkommen mit den USA zum Austausch von Fingerabdruck- und DNA-Daten zur Bekämpfung von Schwerekriminalität («Preventing and Combating Serious Crime» PCSC) ist eröffnet.
- ▶ Der Bundesrat hat das weitere Vorgehen bezüglich der Nutzung von Flugpassagierdaten (Passenger Name Records PNR) zur Bekämpfung der schweren Kriminalität und des Terrorismus festgelegt.
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zum Übereinkommen des Europarates über einen integralen Sicherheits-, Gefahrenabwehr- und Dienstleistungsansatz für Fussballspiele und andere Sportveranstaltungen (SEV 218) verabschiedet.
- ▶ Die der Schweiz notifizierte Weiterentwicklungen des Schengen- und Dublin-Besitzstandes sind fristgerecht übernommen und umgesetzt oder die EU hat eine allfällige Fristüberschreitung akzeptiert.
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Genehmigung und Ratifikation des Protokolls zur Änderung des Zusatzprotokolls zum Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen verabschiedet.*

Ziel 4: Gesellschaftlicher Zusammenhalt

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer Revision des Zivilgesetzbuches (Erbrecht Teil I) verabschiedet.
- ▶ Der Bundesrat hat die Zusatzbotschaft zur Teilrevision des Obligationenrechts (Verbesserung des Arbeitnehmerschutzes bei Meldung von Unregelmässigkeiten am Arbeitsplatz) verabschiedet.
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG; Missbrauch des Konkursverfahrens verhindern) verabschiedet.
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer Änderung des Bundesgesetzes über das internationale Privatrecht (internationale Schiedsgerichtsbarkeit) verabschiedet.
- ▶ Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zu einer Änderung des Bundesgesetzes über das internationale Privatrecht (internationales Erbrecht) zur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt.

Ziel 5: Staatliche Institutionen

- ▶ Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zu einer Revision der Zivilprozessordnung zur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt.
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer gesetzlichen Grundlage für die Errichtung einer nationalen Menschenrechtsinstitution verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer Revision des Öffentlichkeitsgesetzes (BGÖ) verabschiedet.

Ziel 6:**Wirtschaftsstandort Schweiz**

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zu einem Bundesgesetz über anerkannte elektronische Identifizierungseinheiten (E-ID-Gesetz) verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Bundesgesetzes über Geldspiele festgelegt und die entsprechende Verordnung verabschiedet.

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Ziel 1: Weiterentwicklung der Armee (WEA) sowie Projekte/Vorhaben im Bereich Verteidigung

- ▶ Die neue Aufbau- und Ablauforganisation ist eingeführt. Die geplanten Verbände sind gebildet. Die Anforderungen für Leistungen in Einsätzen und Ausbildung sind festgelegt.
- ▶ Mobilmachungsübungen zur Umsetzung des Bereitschaftsmodells haben stattgefunden. Die ersten Lehren sind ausgewertet, und die Ableitung der Massnahmen für das Jahr 2019 ist erfolgt.
- ▶ Ein stufengerechtes Umsetzungscontrolling der WEA ist operationell.
- ▶ Programm Führungsinfrastruktur, Informationstechnologie und Anbindung an die Netzinfrastruktur der Armee (FITANIA): Projekt Rechenzentren VBS/Bund: Der Rohbau des Rechenzentrums CAMPUS in Frauenfeld ist erstellt.
- ▶ Programm FITANIA-Projekt Führungsnetz Schweiz: Die weitere Härtung Backbone, Etappe 2 sowie die Anbindung von Nutzerstandorten sind erfolgt.
- ▶ Programm FITANIA-Projekt Telekommunikation der Armee: Die Beschaffungsvorbereitung für die Realisierung der dritten Etappe ist sichergestellt.
- ▶ Die Umsetzung der Cyber Strategie VBS ist planmässig sichergestellt.
- ▶ Die Verordnung über die militärische Cyberabwehr ist durch den Bundesrat verabschiedet.*

Ziel 2: Beschaffungsmanagement VBS und Immobilien

- ▶ Optimierung Beschaffungsprozesse (OBP): Die Umsetzung im Bereich Verteidigung ist abgeschlossen. Die Planung für eine vollumfänglich gesetzeskonforme Beschaffung in allen Verwaltungseinheiten des VBS liegt vor.
- ▶ Die aktualisierte Rüstungspolitik ist durch den Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Stationierungskonzept der Armee: die Umsetzung von Vorhaben zur Konzentration von Standorten und damit die Überführung von überzähligen Infrastrukturen vom Kernbestand in den Dispositionsbestand der Armee ist gestartet.

Ziel 3: Sicherheitspolitik / Sicherheitsverbund Schweiz (SVS)

- ▶ Die Meilensteine und Leitplanken für die Sicherheitsverbundsübung 2019 (SVU 19) sind gemäss Detailkonzept gesetzt. Die erforderlichen Überprüfungen des Konzeptes sind durchgeführt, Lücken erkannt und notwendige Korrekturen in die Wege geleitet. Die Übungsunterlagen sind erstellt.

Ziel 4: Bevölkerungsschutz und Zivilschutz

- ▶ Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über Bevölkerungsschutz und Zivilschutz (BZG) ist durch den Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft für ein sicheres Datenverbundnetz (SDVN) mit Datenzugangssystem Polydata und Ablösung Vulpus ist durch den Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Die ABCN-Einsatzverordnung ist durch den Bundesrat verabschiedet und in Kraft gesetzt.
- ▶ Der Technologiewechsel für die nationalen Komponenten des Sicherheitsfunksystems Polycom 2030 ist abgeschlossen.
- ▶ Der Bundesrat hat das weitere Vorgehen des Lageverbands Schweiz beschlossen.
- ▶ Der Bundesrat hat das weitere Vorgehen des Pilotprojekts drahtlose Breitbandkommunikation beschlossen.

Ziel 5: Sportförderung und Rechtsgrundlagen im Bereich Sport

- ▶ Die Konzepte zum Ersatz der Nationalen Datenbank Sport (NDS) liegen vor, und die Realisierungsphase ist eingeleitet.
- ▶ Die Botschaft Olympische Winterspiele 2026 in der Schweiz ist durch den Bundesrat verabschiedet.*

Ziel 6: Landesvermessung

- ▶ Der Werthalt und die Weiterentwicklung der Bundes Geodaten-Infrastruktur (BGDI) und des dazugehörigen Geoportals (map.geo.admin.ch) sind sichergestellt. Die Automatisierung des Nachführungsprozesses ist für neue Datenintegrationen operationell.
- ▶ Die Installationen für die begleitenden Experimente während dem Ausbruch des neuen Forschungstunnels im Felslabor Mont Terri zur Erforschung der Endlagerung radioaktiver Abfälle sind abgeschlossen.

Finanzdepartement

Ziel 1: Der Bund hält seinen Haushalt im Gleichgewicht und garantiert effiziente staatliche Leistungen

- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum Wirksamkeitsbericht 2016–2019 betreffend die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) durchgeführt und die Botschaft zur Festlegung des Ressourcen- und Lastenausgleichs zwischen Bund und Kantonen für die Beitragsperiode 2020–2023 verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat eine Aussprache geführt zur Aufgabenteilung Bund – Kantone und entschieden, ob er das Projekt Aufgabentrennung in Angriff nehmen und mit den Kantonen ein Mandat für die Projektorganisation aushandeln will. Ausserdem hat er den Bericht «Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen» (in Erfüllung einer Mo. der FK-N 13.3363) verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat in mehreren Schritten über ein Massnahmenpaket mit strukturellen Reformen entschieden.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Währung und Zahlungsmittel (Aufhebung der Rücknahmefrist für Banknoten) verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Strategie «Enterprise Resource Planning-IKT 2023» und die Botschaft zur Umsetzung (Programm SUPERB23) verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die IKT-Sourcing-Strategie des Bundes verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Strategie «Hybrid-Cloud des Bundes» verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat das Programm «Konsolidierung der IKT für die Webauftritte Bund» verabschiedet.*
- ▶ Eine Situationsanalyse sowie Massnahmen zur Sicherstellung eines konsistenten Stelleneinreihungsgefüges in der Bundesverwaltung sind dem Bundesrat unterbreitet worden.
- ▶ Der eingehende Einzahlungsschein mit QR-Code kann bundesweit verarbeitet werden. Ein Konzept zum ausgehenden Einzahlungsschein mit QR-Code ist erstellt.

Ziel 2: Die Schweiz sorgt für bestmögliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Inland und unterstützt so ihre Wettbewerbsfähigkeit

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Steuervorlage 2017 verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen bei der Reform der Ehepaarbesteuerung entschieden.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Reform des Einlagensicherungssystems durchgeführt und die entsprechende Botschaft zur Änderung des Bankengesetzes verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung durchgeführt zu einer Revision des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und die Botschaft verabschiedet.*

- ▶ Der Bundesrat hat weitere bilaterale Vereinbarungen mit Partnerstaaten zum automatischen Informationsaustausch (AIA) in Steuersachen abgeschlossen, sofern dies mit seiner Strategie für einen integren und wettbewerbsfähigen Finanzplatz im Einklang steht, und die entsprechenden Botschaften verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat mindestens drei neue Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) bzw. drei Änderungsprotokolle zu bestehenden DBA unterzeichnet.*
- ▶ Die Verständigungsverfahren nach den Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) werden gemäss Vorgaben des dafür zuständigen internationalen Gremiums geführt (Prozesse sind definiert und implementiert).
- ▶ Die Äquivalenzverfahren mit der EU betreffend das grenzüberschreitende Geschäft für professionelle Anleger, die Derivateregulierung und Zentralverwahrer sowie die Ausdehnung des EU-Passes für alternative Fonds auf die Schweiz laufen.
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Verrechnungssteuergesetzes (VStG) betreffend Verwirkung der Rückerstattung der Verrechnungssteuer verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) betreffend die Berechnung des Beteiligungsabzuges bei «Too-big-to-fail»-Instrumenten verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht «KMU-taugliche Umsetzung des Bauproduktgesetzes» (in Erfüllung des Po. Fässler 15.3937) verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat einen Bericht zur Neubeurteilung der Lage der Schweizer Rohstoffbranche verabschiedet.*

Ziel 3: Die Schweiz sorgt für gute Rahmenbedingungen, damit die Digitalisierung zur Sicherung und zum Ausbau des Wohlstandes beitragen kann

- ▶ Der Bundesrat hat über seine Eckwerte für die nächste E-Government Strategie Schweiz entschieden.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht zur Förderung der Digitalisierung in der Regulierung (in Erfüllung des Po. Landolt Martin 16.3256) verabschiedet. Ausserdem hat er über weitere allfällige Massnahmen im Bereich digitale Finanztechnologien («Fintech») eine Aussprache geführt und allfällige weitere Handlungsfelder abgesteckt.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht «Eine Prospektivstudie über die Auswirkungen der Robotisierung in der Wirtschaft auf das Steuerwesen und auf die Finanzierung der Sozialversicherungen» (in Erfüllung des Po. Schwaab 17.3045) verabschiedet.*

Ziel 4: Die Schweiz leistet ihren Beitrag zu einer tragfähigen Weltwirtschaftsordnung und sichert der Schweizer Wirtschaft den Zugang zu internationalen Märkten

- ▶ Der Bundesrat hat über Vereinbarungen mit ausgewählten Partnerländern betreffend den Marktzugangsbedingungen im Auslandgeschäft für Finanzdienstleister entschieden.*
- ▶ Der Bundesrat ist über die weitere Vertiefung der Finanzbeziehungen zu Grossbritannien informiert worden, und die Eckwerte für die Strategie zur Vermeidung von Rechtslücken nach dem BREXIT sind erarbeitet. Ausserdem ist ein Verständnis über die Weiterführung der bestehenden sowie allenfalls neue Regelungen für das Finanzgeschäft aus der Schweiz in Grossbritannien oder zumindest eine Übergangslösung erreicht.
- ▶ Die Schweiz hat an den Treffen der Finanzminister und Notenbanken der G20 unter dem Vorsitz Argentiniens teilgenommen. Sie hat aktiv auf eine erneute Teilnahme 2019 hingearbeitet.
- ▶ Der Bundesrat ist im Rahmen des geltenden Mandates über die Konkretisierung und Schwerpunktsetzung hinsichtlich der Aufgaben der Koordinationsgruppe zur Geldwäschereibekämpfung (KGGT) informiert worden und hat eine sektorielle Risikoanalyse zur Kenntnis genommen.

Ziel 5: Die Schweiz bleibt führend in Bildung, Forschung und Innovation, und das inländische Arbeitskräftepotential wird besser ausgeschöpft

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur steuerlichen Behandlung der Kinderdrittbetreuungskosten verabschiedet.*

Ziel 6: Die Schweiz sorgt für bedürfnisgerechte, zuverlässige und solid finanzierte Verkehrs- und Kommunikationsinfrastrukturen

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer Änderung des Bundesgesetzes über die Nationalstrassenabgabe (E-Vignette) verabschiedet.*

Ziel 7: Die Schweiz stärkt den Zusammenhalt der Regionen und fördert die Verständigung der unterschiedlichen Kulturen und Sprachgruppen

- ▶ Mit Blick auf die Erstellung des Evaluationsberichtes 2019 zur Förderung der Mehrsprachigkeit ist die Evaluation strukturiert, und die Prioritäten (Kriterien und Indikatoren) sind definiert.

Ziel 8: Weiterentwicklung der IKT des Bundes

- ▶ Der Bundesrat hat im Rahmen des Steuerungs- und Betriebsmodells für den Rechenzentren-Verbund festgelegt, welche weiteren Rechenzentren/Serverräume der zentralen Bundesverwaltung bis wann in den Rechenzentren-Verbund migriert werden sollen.
- ▶ Das Migrations- und die Umzugskonzepte für die Ablösung verschiedener Rechenzentrumsstandorte der zivilen Bundesverwaltung und Migration der Informatikinfrastruktur und -systeme in das Rechenzentrum «Campus» in Frauenfeld sind erarbeitet, und die Anwendungs- und Service-Anpassungen sind konzipiert.

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Ziel 1: Die Schweiz sorgt für bestmögliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Inland und unterstützt so ihre Wettbewerbsfähigkeit

- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht über eine Regulierungsbremse verabschiedet (in Erfüllung des Po. Caroni 15.3421).*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht zu den Verfahren beim Zugang zu geschlossenen Märkten des Bundes verabschiedet (in Erfüllung des Po. Caroni 15.3398).*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht über die staatlichen Beihilfen in der Schweiz verabschiedet (in Erfüllung des Po. FDP-Liberale Fraktion 15.3387).*
- ▶ Die beschlossenen Reformmassnahmen im Rahmen der «Neuen Wachstumspolitik» sind termingerecht umgesetzt.
- ▶ Die Massnahmen in der neuen Tourismusstrategie des Bundes sind konkretisiert und deren Umsetzung hat begonnen.
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen verabschiedet (in Erfüllung der Mo. Comte 15.3792).*
- ▶ Die Massnahmen zur Umsetzung des Beschlusses über den Exportwettbewerb der 10. WTO-Ministerkonferenz in Nairobi vom Dezember 2015 sind auf den 1.1.2019 in Kraft gesetzt und die Änderung der Verpflichtungsliste LIX-Schweiz-Liechtenstein im Bereich Ausfuhrsubventionen ist bei der WTO notifiziert.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Eckwerte für die Agrarpolitik ab 2022 festgelegt.
- ▶ Der Bundesrat hat erste Massnahmen des Konzeptes zur Reduktion des Grenzschutzes im Bereich Landwirtschaft und Ernährung umgesetzt.
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» verabschiedet.*

Ziel 2: Die Schweiz sorgt für gute Rahmenbedingungen, damit die Digitalisierung zur Sicherung und zum Ausbau des Wohlstandes beitragen kann

- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht über die Analyse der digitalen Tauglichkeit bestehender, wirtschaftspolitisch relevanter Gesetze und Aufzeigen eines allfälligen Revisionsbedarfs («Digitaler Test») verabschiedet.*
- ▶ Die vorgeschlagenen Massnahmen des Berichtes zu Rahmenbedingungen der digitalen Wirtschaft (Digitalisierungstest, Wettbewerbspolitik, Mietrecht, bildungssystematische Herausforderungen) sind umgesetzt.

Ziel 3: Die Schweiz bleibt führend in Bildung, Forschung und Innovation, und das inländische Arbeitskräftepotenzial wird besser ausgeschöpft

- ▶ Die Vernehmlassung zur Teilrevision des ETH-Gesetzes ist eröffnet.*
- ▶ Die Lancierung neuer Forschungsprogramme (NFP) im Bereich der Digitalisierung ist erfolgt.*
- ▶ Weitere Massnahmen zur Digitalisierung im Bereich «Bildung» sowie «Forschung und Innovation» sind vorbereitet.
- ▶ Die Steuerung der Innosuisse ist gemäss den «Strategischen Zielen des Bundesrates für die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (Innosuisse) 2018–2020» sichergestellt.
- ▶ Die Vernehmlassung zu einer adäquaten gesetzlichen Grundlage des Eidgenössischen Hochschulinstituts für Berufsbildung (EHB) ist eröffnet.*
- ▶ Der nationale Bildungsbericht Schweiz 2018 ist veröffentlicht.
- ▶ Die aktualisierte Internationale Strategie der Schweiz im BFI-Bereich ist durch den Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Die Beteiligung der Schweiz am Institut von Laue-Langevin (ILL) als wissenschaftlicher Mitgliedstaat für die Periode 2019–2023 ist durch den Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Beschluss zur Aufteilung der Betriebskosten der European Spallation Source ERIC zwischen den Mitgliedstaaten vor und während des Betriebes gefällt.*

Ziel 4: Die Schweiz leistet ihren Beitrag zu einer tragfähigen Weltwirtschaftsordnung und sichert der Schweizer Wirtschaft den Zugang zu internationalen Märkten

- ▶ Die Freihandelspolitik ist durch den Ausbau des Netzes von Freihandelsabkommen und die Weiterentwicklung der bestehenden Abkommen gestärkt.*
- ▶ Die offene, regelbasierte multilaterale Handelsordnung im Rahmen der WTO ist gestärkt und wird in Verhandlungen weiterentwickelt. Allfällige Beschlüsse der 11. WTO-Ministerkonferenz sind umgesetzt.*
- ▶ Die Verhandlungen zum plurilateralen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TISA) wurden abgeschlossen, das Abkommen allenfalls unterzeichnet und gegebenenfalls die Botschaft verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat einen Bericht zur Neubeurteilung der Lage der Schweizer Rohstoffbranche verabschiedet.*
- ▶ Die Verhandlungen über Kooperationsabkommen im Wettbewerbsbereich mit Deutschland und gegebenenfalls weiteren Nachbarstaaten sind aufgenommen.

Ziel 5: Die Schweiz erneuert und entwickelt ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur EU

- ▶ Die Verhandlungen für ein institutionelles Abkommen werden weitergeführt, und gegebenenfalls wird der Bundesrat die entsprechende Botschaft verabschieden.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft über einen zweiten Beitrag zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU an ausgewählte EU-Staaten verabschiedet.*
- ▶ Verschiedene Massnahmen werden ergriffen zur Gewährleistung des guten Funktionierens des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und der EU von 1972, einschliesslich des Protokolls Nr. 2 über den Handel mit landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen (revidiert 2004), des Abkommens über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen von 1999, des Abkommens über das öffentliche Beschaffungswesen von 1999 sowie des Wettbewerbskooperationsabkommens von 2013.*
- ▶ Das Abkommen über den Abbau technischer Handelshemmnisse (MRA) von 1999 (Medizinprodukte) ist aktualisiert.
- ▶ Entscheide zur Aufrechterhalten der Beziehungen im Bereich des Handels sowie im Forschungs- und Bildungsbereich im Lichte der Entwicklungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich sind gefällt und allenfalls erforderliche Botschaften sind verabschiedet.*

Ziel 6: Die Schweiz stärkt ihr Engagement für die internationale Zusammenarbeit und baut ihre Rolle als Gastland internationaler Organisationen aus

- ▶ Die Mittel für die Wiederauffüllung des Green Climate Fund (GCF) sowie des International Fund for Agricultural Development (IFAD) sind beschlossen.*
- ▶ Das Verhandlungsmandat betreffend die Kapitalerhöhung der Weltbankgruppe (IBRD und IFC) ist verabschiedet.

Ziel 7: Die Schweiz nutzt Boden und natürliche Ressourcen schonend und sichert eine nachhaltige Energieversorgung

- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht «Studie über die Auswirkungen von Glyphosat in der Schweiz» (in Erfüllung des Po. WBK-N 15.4084) verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die totalrevidierten Ausführungsbestimmungen im Bereich Pflanzenschutz verabschiedet.

Ziel 8: Zivildienst

- ▶ Die Vernehmlassung zur Revision des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz) ist eröffnet.*

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Ziel 1: Die Schweiz sorgt für bedürfnisgerechte, zuverlässige und solid finanzierte Verkehrsinfrastrukturen

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zum Ausbauschnitt Bahninfrastruktur 2030/35 verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesbeschluss über die Freigabe der Mittel für den Ausbauschnitt 2018 des Strategischen Entwicklungsprogrammes (STEP) Nationalstrassen, für grössere Vorhaben im Nationalstrassennetz und für den Betrieb, Unterhalt und Ausbau der Nationalstrassen verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesbeschluss über die Freigabe der Mittel ab 2019 für das Programm Agglomerationsverkehr verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zu einer Abgabe auf Elektro-Fahrzeugen wurde durchgeführt.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Teilrevision des Enteignungsgesetzes verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Reform Regionaler Personenverkehr ist eröffnet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Revision Eisenbahnhaftpflichtrecht ist eröffnet.*
- ▶ Der Sachplan Verkehr, Teil Infrastruktur Luftfahrt, Konzeptteil, ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Der Sachplan Verkehr, Teil Infrastruktur Luftfahrt, Objektblatt Genf, ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Das Vernehmlassungsverfahren zur Revision des Strassenverkehrsgesetzes ist eröffnet.
- ▶ Das erste Umsetzungspaket zur Fahrausbildung ist verabschiedet.
- ▶ Die Revision der Strassenfahrzeugvorschriften ist verabschiedet.
- ▶ Der Bundesrat hat die Berichte «Vereinfachung Bewilligungsverfahren für Berufschaffende» (in Erfüllung des Po. FDP-Liberale Fraktion 14.3301)* und «Touristische Transportunternehmen vom Geltungsbereich des Arbeitszeitgesetzes ausnehmen» (in Erfüllung des Po. KVF-S 16.3351) verabschiedet.
- ▶ Die Nutzungsbedürfnisse innerhalb der Luftraum- und Infrastrukturstrategie sind erhoben.

Ziel 2: Die wirtschaftliche, nachhaltige und sichere Energieversorgung der Schweiz ist gewährleistet

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Wasserrechtsgesetzes verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zum Stromabkommen mit der EU nach Möglichkeit verabschiedet.*

- ▶ Das Vernehmlassungsverfahren zur Revision des Stromversorgungsgesetzes ist eröffnet.*
- ▶ Das Vernehmlassungsverfahren zum Entsorgungsprogramm 2016 ist eröffnet.*
- ▶ Der Abschluss von Etappe 2 und der gleichzeitige Start der dritten und letzten Etappe des Sachplans geologische Tiefenlager sind realisiert.*
- ▶ Das Vernehmlassungsverfahren zu den Verordnungen der Strategie Stromnetze ist eröffnet.
- ▶ Das Vernehmlassungsverfahren zur Revision der Stilllegungs- und Entsorgungsfondsverordnung ist eröffnet.

Ziel 3: Die Schweiz pflegt eine optimale Raum- und Bodennutzung, sorgt für einen wirksamen Umwelt-, Kulturland- und Naturschutz und trägt zur Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen bei

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft Globaler Umweltfonds / Rahmenkredit Globale Umwelt (GEF) verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur zweiten Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft Rahmenkredit 3. Rhonekorrektur verabschiedet.*
- ▶ Der Stand der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung durch die Schweiz ist ermittelt, und über allfällige Umsetzungsschwerpunkte ist entschieden worden.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Anpassung des Umweltschutzgesetzes betreffend die Umsetzung der Strategie der Schweiz zu invasiven gebietsfremden Arten ist eröffnet.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht der Schweiz zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (UN HLPF 2018) verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Umweltbericht verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Genehmigung der Änderung von 2012 des Protokolls zum Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung, betreffend die Verringerung von Versauerung Eutrophierung und bodennahem Ozon (Protokoll von Göteborg) verabschiedet.*
- ▶ Die Anhörung zum überarbeiteten Sachplan Fruchtfolgeflächen ist abgeschlossen.
- ▶ Die Berichte «Geologische Daten zum Untergrund» (in Erfüllung des Po. Vogler 16.4108), «Für eine verstärkte Teilnahme der bundesnahen Unternehmen an der Entwicklung der Berggebiete und ländlichen Räume» (in Erfüllung des Po. Hêche 16.3460), «PET-Recycling in der Schweiz. Weshalb ein gut funktionierendes System ändern?» (in Erfüllung des Po. Cramer 17.3257) und «Standortbestimmung zur Fischerei in Schweizer Seen und Fließgewässern» (in Erfüllung des Po. UREK-N 15.3795) und «Bessere Koordination zwischen Raum- und Verkehrsplanung» (in Erfüllung des Po. Vogler 15.4127) sind verabschiedet.*

Ziel 4: Die Politik bezüglich Radio und Fernsehen, Postwesen sowie Informations- und Kommunikationstechnologien ist mit Blick auf die Bedürfnisse der Kunden sowie des Wirtschafts- und Forschungsstandortes Schweiz weiterentwickelt und trägt zur digitalen Entfaltung der Schweiz bei

- ▶ Der Bundesrat hat über die Weiterentwicklung der Strategie «Digitale Schweiz» entschieden.*
- ▶ Die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über elektronische Medien ist eröffnet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die neue Konzession für die SRG ab 2019 erteilt.*
- ▶ Der Bundesrat hat über die Weiterentwicklung der Grundversorgung mit Post- und Zahlungsverkehrsdiensten sowie der Rahmenbedingungen für den Wettbewerb im Postbereich befunden.
- ▶ Über die Fortführung der aktuellen Konzessionen für die lokalen und regionalen Radio- und Fernsehveranstalter ist entschieden worden.
- ▶ Der Bundesrat hat Eckwerte für eine Datenpolitik der Schweiz festgelegt.*